



Lörrach, den 23.10.14

## **Antrag der SPD-Fraktion Freihandelsabkommen TTIP und CETA**

Die sogenannten Freihandelsabkommen zwischen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) betreffen nach derzeitigem Kenntnisstand auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden.

Der Gemeinderat der Stadt Lörrach möge daher beschließen:

1. eine Resolution zum sogenannten Freihandelsabkommen zwischen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA). Diese Resolution soll an alle Abgeordneten des Wahlkreises (Landtag, Bundestag, Europaparlament) sowie an den Deutschen Städtetag und den baden-württembergischen Städte- und Gemeindetag weitergeleitet werden.

Für diese Resolution schlägt die SPD-Fraktion folgenden Text vor:

Die sogenannten Freihandelsabkommen zwischen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) betreffen nach derzeitigem Kenntnisstand auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach stimmt diesen Inhalten nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu.

Der Gemeinderat der Stadt Lörrach schließt sich vielmehr den Forderungen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. an und fordert die auf europäischer und nationaler Ebene für die Verhandlungsführung politischen Verantwortlichen auf, die Kriterien, die im gemeinsamen Positionspapier der genannten Organisationen aufgelistet sind, zu gewährleisten.

Der Gemeinderat der Stadt Lörrach fordert darüber hinaus die auf europäischer und nationaler Ebene für die Verhandlungsführung politischen Verantwortlichen auf, die weiteren Verhandlungen transparent zu machen, die Inhalte in überschaubare und verständliche Blöcke zu unterteilen, die auch separat angenommen oder verworfen werden können. Desweiteren müssen die Verhandlungen demokratisch legitimiert werden, indem die nationalen Parlamente zwingend zustimmen müssen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaften muss gewährleistet sein, indem EU-Bürgerinitiativen nicht aus formalrechtlichen Gründen verhindert werden dürfen.





2. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach beauftragt seinen Oberbürgermeister und seinen Bürgermeister, sich entsprechend dieser Resolution im Deutschen Städtetag und im baden-württembergischen Städte- und Gemeindetag sowie anderen Spitzengremien zu positionieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, sich in allen zur Verfügung stehenden Gremien für einen wirksamen Schutz und eine Förderung der Bereiche der Daseinsvorsorge im Sinne einer kommunalen Selbstverwaltung sowie sozialer und ökologischer Standards einzusetzen.

Christiane Cyperrek

